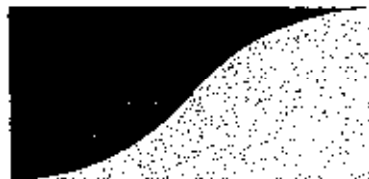


Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 120408
Telefon: (0228) 2' 90 38/39
Telex: 0888848 ppbn d



Inhalt

Johannes Rau fordert nach der Friedensdemonstration auf, die Distanz zur jungen Generation zu überwinden: Kohl verhalf Kommunisten zur Prominenz.

Seite 1

Herbert Schnoor, NRW-Innenminister, beschreibt den Erfolg von Bonn: Das Demonstrationsrecht hat seine Bewährungsprobe überstanden.

Seite 3

Heinz Westphal MdB wirft der Bundesrats-Mehrheit vor, statt Etatkürzungen mehr Ausgaben vorgeschlagen zu haben: Wirklich keine Hilfe. Seite 4

Hans Urbaniak MdB zur Bundestagung der CDU-Sozialausschüsse: Flucht aus der Wirklichkeit.

Seite 5

Dokumentation

Erhard Eppler auf der Friedensdemonstration: Wir wollen diese Kette zerschlagen.

Seite 6

Herausgeber und Verleger:
Sozialdemokratischer
Pressedienst GmbH
Godesberger Allee 108-112
5300 Bonn 2
Telefon: (0228) 812-1

36. Jahrgang / 194

12. Oktober 1981

Kohl verhalf Kommunisten zur Prominenz

Die Distanz zur jungen Generation muß überwunden werden
Von Johannes Rau Mdl.

Ministerpräsident des Landes Nordrhein-Westfalen
Mitglied des SPD-Präsidiums

Die Bonner Demonstration der weit über 200.000, die für den Frieden auf die Straße gingen, hat die Welt nicht verändert. Da gibt es sicherlich auch Illusionen auf Seiten der Demonstranten. Aber ebenso wären die Parteien schlecht beraten, wenn sie sich verhalten wollten, als berühre sie nicht sehr direkt, was in der Bundeshauptstadt vorstatten ging.

Dies waren zig Tausende vor allem junge Menschen, die ob berechtigt oder nicht, zumindest das Gefühl haben, daß ihre Anliegen von dem, was sie als etablierte Politik empfinden, nicht hinreichend aufgenommen werden. Es wäre eine völlig unzureichende Antwort, ihnen mit pauschalen Vorwürfen zu begegnen.

Das gilt namentlich an die Adresse der Union und ihres Vorsitzenden Helmut Kohl. Seine Wertung, in Bonn sei die "Volksfront" aufmarschiert, ist ebenso diffamierend wie realitätsfern. In Wirklichkeit fanden die Kommunisten aller Schattierungen in Bonn keine Resonanz. Sie kamen auch nicht zu Wort. Wem ist eigentlich damit gedient, wenn Kohl den Kommunisten nun zu einer Prominenz verhilft, die ihnen weder hier noch anderswo in der Bundesrepublik zukommt und von der sonst nur die DDR-Propaganda schwärmt?

Von den Chaoten ganz zu schweigen. Man kann es nicht anders denn als pure Bösartigkeit bezeichnen, wenn Sprecher der CDU/CSU vor wie nach der Demonstration behaupten, Teile der Sozialdemokratie machten mit Kommunisten oder gar mit Ge-



walttättern gemeinsame Sache. Es war gerade das herausragende Merkmal dieser großen Demonstration, daß in ihr Chaoten von links- und rechtsaußen nicht die Spur einer Chance hatten.

Das war das gemeinsame Verdienst der Organisatoren der Veranstaltung wie der Polizei, denen jene Zerrbilder nun bitter unrecht tun. Man wird den Verdacht nicht los, hier solle eine Hysterie, die die Union vor der Demonstration entfacht hat, noch im Nachhinein ohne Rücksicht auf Verluste gerechtfertigt werden!

Aber es gibt Einsichten, und zwar auch auf Seiten der Opposition. So verdient Beachtung, daß der Außenpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Alois Mertes, nach der Demonstration dafür eintrat, mit den jungen Menschen zu argumentieren, statt sie pauschal abzuqualifizieren. Das ist leider nur eine Einzelstimme im Chor der Union. Aber sie setzt doch ein dickes Fragezeichen hinter Kohls selbstgerechtes Schwarzweiß-Bild, das nur eines zeigt, nämlich: eine erschreckende Distanz zur jungen Generation.

Aufgabe der SPD ist es jetzt keineswegs, den Protestierenden nachzulaufen, sondern ihnen deutlich zu machen, daß Moral und Politik nicht auseinanderlaufen dürfen. Ein Idealismus, der die Wirklichkeit überfordert, kann gefährlich sein. Das gilt auch für die Abrüstungsproblematik: Wer glaubt, vernachlässigen zu können, was die Staaten und Regierungen ihrer eigenen Sicherheit schuldig sein zu meinen, der wird scheitern.

Friedenspolitik ist ein mühseliges Geschäft, das Rückschläge einkalkuliert und dennoch unbeirrbar bleiben muß. Deshalb braucht die Politik und braucht auch die SPD die Leidenschaft derer, die endlich den Kreislauf des Wettrüstens brechen wollen. Aber das geht nicht ohne Augenmaß und Konzentration auf das jeweils Mögliche.

Ganz konkret: Man kann sich gut und gern über den scheinbaren Widersinn des Nato-Doppelbeschlusses auflehnen. Aber es wäre ebenso unpolitisch wie unverantwortlich, deshalb die einmalige Verhandlungschance, die in diesem Beschluß steckt, vernachlässigen zu wollen.

Es ist ganz wesentlich dem Drängen der von SPD und FDP getragenen Bundesregierung gutzuschreiben, wenn die beiden nuklearen Weltmächte im November in Genf das Problem der Mittelstreckenwaffen am Verhandlungstisch anfassen wollen. In dem Wunsch und in dem Verlangen, daß dieser Weg der Friedenssicherung durch Verhandeln endlich konsequent und ernsthaft beschrritten wird, müßten mit uns alle diejenigen einig sein können, die am Wochenende in Bonn aus ehrlicher Sorge um den Weltfrieden auf die Straße gingen.

(-/12.10.1981/vo-hc/ca)

+

+

+



Der Erfolg von Bonn

Das Demonstrationsrecht hat seine Bewährungsprobe bestanden

Von Dr. Herbert Schnoor

Innenminister von Nordrhein-Westfalen

Die nach amtlicher Schätzung rund 240.000 Teilnehmer an der Großkundgebung in Bonn haben die CDU mit ihrer Forderung nach Einschränkung des Demonstrationsrechts, unter anderem durch ein gesetzliches Versammlungsverbot, eindeutig widerlegt. Das ist ein erstes Fazit aus der bisher größten Demonstration in der Bundesrepublik Deutschland am 10. Oktober 1981 in Bonn. In diesem Zusammenhang ist auf die erst wieder am Vortage der Demonstration von den CDU-regierten Bundesländern erhobene Forderung im Bundesrat zu verweisen, das Demonstrationsrecht einzuschränken und ein Versammlungsverbot gesetzlich zu verankern.

In Bonn ist zum Beispiel die Auflage der Polizei "keine Versammlung und keine passive Bewaffnung" strikt befolgt worden. Daß hierfür kein gesetzliches Verbot erlassen werden muß, sondern dies auf dem Wege der Auflage geregelt werden kann, hat sich in Bonn deutlich gezeigt. Unser geltendes Demonstrationsrecht hat in Bonn seine Bewährungsprobe eindeutig bestanden.

Wir sind bei allen Sicherheitsmaßnahmen für die Großdemonstration am 10. Oktober 1981 in Bonn davon ausgegangen, daß es sich um eine friedliche Demonstration handelt, die auch friedlich verläuft. Dem Aufruf der "Aktion Sühnezeichen/Friedensbewegung e.V." und der "Aktionsgemeinschaft 'Dienst für den Frieden e.V.'" waren über 800 Organisationen und Teilorganisationen gefolgt: 240.000 Teilnehmer versammelten sich in der Bundeshauptstadt. Sie waren unter anderem in rund 3.000 Sonderbussen und über 40 Sonderzügen angereist. Aus Berlin-West passierten allein 3.000 Personenkraftwagen mit 20.000 Teilnehmern den niedersächsischen Grenzübergang Helmstedt. Die Polizei hat bei der Verkehrsregelung in Bonn ein Meisterstück geliefert.

Der friedliche Verlauf dieser Großkundgebung - in dieser Dimension die größte überhaupt seit Bestehen der Bundesrepublik Deutschland - ist in erster Linie auf die gute Zusammenarbeit zwischen Polizei und Veranstaltern sowie auf die Organisation der Veranstalter zurückzuführen. Die Veranstalter hatten Autorität und sorgten von sich aus bereits für den reibungslosen Anmarsch der großen fünf Marschsäulen zum Kundgebungsort im Hofgarten, den nicht alle Teilnehmer erreichen konnten. Obwohl auf das angrenzende Gebiet ausgewichen werden mußte und nur die Hälfte aller Teilnehmer über Lautsprecher die Redner hören konnte, blieb der Verlauf friedlich.

Der friedliche Ablauf ist vor allem auch dem besonnenen Verhalten unserer Polizei zu verdanken, die bis zu 20 Stunden Einsatz geleistet hat. Sie hat allein den Auftrag gehabt, als Verkehrspolizisten mit weißen Mützen und ohne besondere Bewaffnung in Erscheinung zu treten und helfend zum reibungslosen Ablauf beizutragen. Das ist uneingeschränkt geschehen. Polizeibeamte und Demonstrierende im friedlichen Gespräch und Polizeibeamte, die Auskünfte erteilten, gehörten zum gewohnten Bild des Tages.

Die Polizei hat alles vermieden, was auch nur jeden äußeren Anschein erweckt hätte, als handele es sich nicht um eine friedliche Demonstration. Das ist von ebensolcher Bedeutung für den friedlichen Ablauf gewesen wie für die Demonstranten selbst.

Von unbedeutenden Randgruppen abgesehen hat die übergroße Mehrheit der Demonstranten das Verhalten der Polizei angenommen und sogar offen begrüßt. Ausschlaggebend ist gewesen, daß von beiden Seiten - von Veranstaltern wie von der Polizei - von vornherein Vertrauen in den friedlichen Ablauf gesetzt worden war. Das ist - frei von jeder politischen Wertung der Demonstration - das offene Geheimnis des Erfolgs von Bonn.

Diese Demonstration beweist, daß Veranstalter und Teilnehmer den Schlüssel für den friedlichen Verlauf einer solchen Großdemonstration selbst in der Hand haben. Mit diesen Worten verbinde ich meinen Dank an die Veranstalter und Demonstranten. Mein Dank gilt aber ebenso der Bonner Bevölkerung für ihre beispielhafte Haltung und nicht zuletzt der Polizei für ihren beispielhaft besonnenen Einsatz.

(-/12.10.1981/ks/ca)

Vernünftiger Umgang
mit wertvollen Rohstoffen
Recycling-Papier

Wirklich keine Hilfe.

Statt Etat Kürzungen schlägt die Bundesrats-Mehrheit Mehrausgaben vor

Von Heinz Westphal MdB

Vorsitzender des Arbeitskreises Öffentliche Finanzwirtschaft der SPD-Bundestagsfraktion

Es ist schon im Zusammenhang mit den Beratungen über die den Haushaltsentwurf 1982 begleitenden Gesetze nachgewiesen worden, daß der Bundesfinanzminister die Nettokreditaufnahme des Bundes um etwa acht Milliarden Mark, also fast ein Drittel, erhöhen müßte, wenn die Aussagen und Anträge der Bundesrats-Mehrheit zu diesen Gesetzentwürfen vollständig befolgt würden. Eine Hilfe zur Verbesserung der Haushaltsstruktur wäre das wirklich nicht. Nun aber liegt ergänzend dazu die Stellungnahme des Bundesrates zum Entwurf des Bundeshaushalts 1982 vor - wieder nur mit der Mehrheit der CDU/CSU-geführten Länder und gegen die SPD-geführten Länder beschlossen. Sieht man sich das Beschlußdokument vom 9. Oktober genauer an, ist Kopfschütteln über die Unredlichkeit der Argumentation das Mindeste an Reaktion des kritischen Beobachters: Im ersten Teil der beschlossenen Stellungnahme unter der in diesem Falle entlarvenden Überschrift "Allgemeines" wird die bekannte Litanei wiederholt, der Bund versäume die Konsolidierung, erhöhe nur die Abgabenbelastung, folge nicht den auf Entlastung der Länderetats gerichteten Einschränkungsvorschlägen der CDU/CSU-Ministerpräsidenten und beachte nicht weitere Risiken, die sich fürs nächste Jahr ergeben.

Gespannt wartet man nun auf genau bezifferte, weitgehende Sparvorschläge der Bundesrats-Mehrheit im zweiten Teil der Stellungnahme. Doch weit gefehlt: Von insgesamt fünfzehn Einzeläußerungen zu Positionen des Etatentwurfs enthalten sich weniger als zwölf echte Forderungen auf Erhöhung der Ausgabenansätze des Bundes, und auch die restlichen drei Stellungnahmen sind nicht etwa konkrete Kürzungsvorschläge.

Selbst wenn man zugesteht, daß manche Aufstockungsforderung des Bundesrates dem Wünschenswerten - wenn genug Geld vorhanden ist - nicht widerspricht, so fragt man sich doch, ob die Bundesrats-Mehrheit die Notwendigkeit, die Ausgaben einzuschränken, real begriffen hat oder nur verbal als polemische Kritik gegenüber der Politik der Bundesregierung benutzt. Vorne wird Subventionsabbau verlangt, und hinten werden reihenweise Forderungen erhoben auf Verlängerung, Aufstockung und Verhinderung der Kürzungen von Subventionen. Vorne wird die Bundesregierung kritisiert, sie spare nicht genug, und hinten werden mehr und höhere Zuschüsse zu Länderaufgaben gefordert. Dies ist nicht redlich. Dies sind schlechte Voraussetzungen für die von der Bundestags-Mehrheit erwartete Bereitschaft, im Vermittlungsverfahren Zugeständnisse zugunsten von Einsparungen bei den Länderetats zu machen.

Lediglich an zwei Stellen der gesamten Stellungnahme des Bundesrates werden Andeutungen zu Einsparungen im Bundeshaushalt gemacht. Die eine richtet sich darauf, dem Bundesminister für Bildung und Wissenschaft seine Förderungsmöglichkeiten für die inhaltliche Verbesserung des schulischen, beruflichen und universitären Bildungswesens wegzunehmen. Die andere will Förderungsprogramme des Bundes im Bereich des Umweltschutzes (Luftreinhaltung und Lärmbekämpfung) und im Bereich der Umsetzung der Psychiatrie-Enquête zur Verbesserung der Versorgung psychisch Kranker abbauen. Abgesehen davon, daß die Befolgung solcher Absichten bedeuten würde, die Antriebskraft des Bundes zu gesellschaftspolitisch bedeutsamen Reformen zu zerstören, muß im finanzpolitischen Zusammenhang angemerkt werden, daß die Bundesrats-Mehrheit die dabei "einzusparenden" Mittel gleich zweimal wieder ausgeben will, nämlich einerseits für die Aufstockung der Ausgaben des Hochschulbaus und andererseits für all die vielen zusätzlichen Ausgabenwünsche des Bundesrates, die der schon genannte Teil 2 der Stellungnahme aufzählt.

Es bleibt beim Kopfschütteln über den Mangel an Seriösität der Aussagen der Bundesrats-Mehrheit.

(-/12.10.1981/ks/ca)

Vernünftiger Umgang
mit wertvollen Rohstoffen
Recycling-Papier



Flucht aus der Wirklichkeit

Zur Bundestagung der CDU-Sozialausschüsse in Mannheim

Von Hans Urbaniak MdB

Stellvertretender Bundesvorsitzender der Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen

Der Anspruch der christlich-demokratischen Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinteressen zu vertreten, wurde auf ihrer Bundestagung in Mannheim ins Gegenteil verkehrt.

In einer Zeit, in der vor dem Hintergrund weltweiter Arbeitslosigkeit, tiefgreifender Strukturveränderungen in der Wirtschaft und der Einführung neuer Technologien, die Sicherung von Arbeit, der Sozialleistungen, die Entwicklung der Arbeitsbedingungen und der Mitbestimmungsanspruch der Arbeitnehmer im Mittelpunkt der Arbeitnehmerinteressen stehen, versuchen die Sozialausschüsse die Arbeitnehmer auf die falsche Fährte zu locken.

Statt sich der neuen päpstlichen Sozialzyklika zu stellen und die Thesen des Papstes zur Arbeit, zur Gestaltung der Arbeitsbedingungen, zur sozialen Sicherung und zur Rolle der Gewerkschaften zu diskutieren, treten die Sozialausschüsse die Flucht aus der Wirklichkeit an.

Nichts hätte näher gelegen, sich mit den Forderungen der CDU/CSU-Ministerpräsidenten zur Kürzung von Arbeitslosengeld, Sozialhilfe und Schüler-Bafög zu beschäftigen. Stattdessen startete Blüm ein gigantisches Ablenkungsmanöver.

Mit den verabschiedeten familienpolitischen Leitsätzen der Sozialausschüsse wird die Wahrheit über das Verständnis von der Rolle der Frau in unserer Gesellschaft verfälscht. Die Schaffung gleicher Chancen für die Frau im Berufsleben und die Verbesserung ihrer sozialen Stellung, stärkt auch die Stellung der Frau in der Familie. Die familienpolitische Position von Blüm ist reaktionär. Er steht damit auch nach der Bundestagswahl 1980 "ohne wenn und aber" hinter Strauß. Mit den Interessen der Arbeitnehmer hat das nichts zu tun.

Die Sozialausschüsse haben ihren Anspruch aufgegeben, Arbeitnehmerinteressen zu vertreten und werden von Blüm nur noch zur Durchsetzung seiner reaktionären politischen Vorstellungen mißbraucht. (-/12.10.1981/ks/ca)

+ + +



DOKUMENTATION

Auf der Friedensdemonstration am 10. Oktober hat das SPD-Präsidiumsmitglied Erhard Eppler folgende Ansprache gehalten:

Wir wollen diese Kette zerschlagen

Friedensbewegung, das ist nicht das Bündnis der Gerissenen mit den Naiven.

Friedensbewegung, das ist das Bündnis derer, die nichts mehr von Rüstung wissen wollen mit denen, die zu viel davon wissen.

Friedensbewegung, das ist der Zweifel, ja die Verzweiflung über eine Sicherheitskonzeption, die letztlich nur mit dem eigenen Selbstmord drohen kann.

Friedensbewegung weiß: Der Friede ist eine viel zu ernste Sache, als daß man ihn militärischer Strategie und politischer Taktik, den Raketenzählern und Lobbyisten überlassen dürfte.

Zusammen führt uns der Wille: Die Kette der Vor- und Nachrüstung aufzubrechen, die uns alle in Richtung Abgrund zerrt. Es kann doch kein Naturgesetz sein, daß Ost und West in gleicher Weise die eigene Rüstung immer als unvermeidliche Nachrüstung deklarieren, während die Rüstung des andern der größtensinnige Versuch sein soll, ein ohnehin gewaltiges Übergewicht noch weiter auszubauen. Wir wollen diese Kette zerschlagen, wo wir sie zerschlagen können, hier in Westeuropa, in Deutschland. Und dies läßt sich verantworten, weil der Westen dem Osten in der atomaren Rüstung auch ohne neue Mittelstreckenraketen mehr als gewachsen ist.

Wir lassen uns nicht mehr einschüchtern von Leuten wie Herrn Weinberger, der uns einmal Angst macht vor der Dynamik der kommunistischen Weltrevolution und dann öffentlich darüber nachdenkt, ob das Sowjetsystem demnächst mit einem Knall oder mit einem Winseln verenden wird.

Man hat uns Einnägigkeit vorgeworfen, weil wir uns vor allem an unsere Regierung wenden, nicht an die sowjetische. Der Grund ist sehr einfach: Wir, die meisten unter uns, haben diese Regierung gewählt, nicht die sowjetische. Sie ist unser Ansprechpartner. Wenn der Bundeskanzler meint, wir wollten ihn drängen, so hat er recht. Ich frage mich nur: Läßt sich in einer Demokratie ein solches Drängen von der eigenen Wählerbasis her wirklich nicht anders deuten denn als Kampfansage? Ein demokratisches Mandat - und die Regierung hat eines - ist schließlich kein Blankoscheck.

Was die Weltmächte angeht, so halten wir uns weniger an ihre Worte als an ihre Interessen. Und wir vergleichen sie mit den unseren.

Natürlich liegt es im amerikanischen Interesse, von europäischem Boden aus die Zentren des europäischen Rußland zu bedrohen und dies bei einer Vorwarnzeit, die politische Entscheidungen über die sowjetische Reaktion nicht mehr möglich macht. Aber damit wird unser aller Überleben in die Hand von Computern gelegt.

Ein Volk, das ohne jede Reaktion dies alles geschehen ließe, müßte man nicht mehr töten, es wäre schon tot. Deshalb bedeutet Friedensbewegung keineswegs, daß da durch Wohlstand ermüdete und degenerierte Westler sich nicht mehr wehren wollen. Friedensbewegung zeigt, daß die alten Nationen Europas mehr sind als Schachfiguren auf dem Brett der Weltmächte, beider Weltmächte.

Wir feiern hierzulande den Mut der Polen, die sich nicht mehr vorschreiben lassen wollen, wie sie zu leben haben. Ist es so schlimm, wenn wir uns nicht vorschreiben lassen wollen, wie wir zu sterben haben? Die Europäisierung Europas findet nicht nur an der



Weichsel statt, sondern auch am Rhein. Das bedeutet auch: Eine sowjetische Intervention in Polen träfe uns alle.

Auch wir sind dafür, daß die Weltmächte endlich über Mittelstreckenraketen verhandeln. Insofern stützen wir die Regierung. Ich respektiere den Friedenswillen derer, auch in meiner eigenen, der Sozialdemokratischen Partei, die auf dem Weg über den Brüsseler Doppelbeschluß zu Verhandlungen kommen wollen. Es spricht allerdings einiges dafür, daß die Friedensbewegung die amerikanische Verhandlungsbereitschaft mehr gefördert hat als der Brüsseler Beschluß.

Verhandlungen sind gut. Aber das darf nun nicht heißen, daß drei, fünf oder sieben Jahre Argumente und Vorwürfe hin- und hergeschoben werden, während die Rüstungsspirale sich weiterdreht. Wir wollen verhindern, daß während der Verhandlungen das alte Spiel der Nachrüstungen und Nach-Nachrüstungen weitergeht, bis man dann als Ergebnis der Verhandlungen festschreibt, was inzwischen an neuem Vernichtungspotential angehäuft wurde.

Höchste Repräsentanten unseres Staates haben uns darüber belehrt, Angst sei ein schlechter Ratgeber.

Das stimmt.

Aber wer verbreitet hierzulande seit Jahrzehnten die Russenangst?

Wer macht uns Angst, die Amerikaner könnten uns dem russischen Bären zum Fraße vorwerfen, wenn wir nicht artig sind?

Wer hat in diesen Wochen dafür gesorgt, daß die Angst vor der Friedensbewegung umgeht?

Nein, die hier versammelt sind, haben weniger Angst als andere.

Wir haben keine Angst davor, daß die Herren im Kreml Tag und Nacht nur darauf sinnen, in Frankfurt oder Marseille die Erfahrungen zu machen, die ihnen in Danzig und Warschau nicht erspart bleiben.

Wir haben keine Angst davor, gegenüber unseren Verbündeten unsere Meinung und unsere Interessen zu vertreten.

Wir haben keine Angst davor, der Sowjetunion zu sagen, daß sie bei der SS 20 in Zahl und Tempo der Stationierung überzogen hat und daß sie dies korrigieren muß.

Wir haben keine Angst davor, einzugestehen, daß im Angesicht atomarer Bedrohung die Deutschen in beiden Staaten gemeinsame Interessen haben.

Wir haben keine Angst vor dem Schlagwort von Anti-Amerikanismus. Was ist das für eine Sklavensprache, die das Stirnrunzeln einer fremden Regierung zum politischen Maßstab macht!

Wir haben keine Angst davor, was die Medien über uns reden und schreiben.

Wir haben keine Angst vor moralischer Abqualifizierung durch den höchsten Repräsentanten unseres Staates.

Wir haben keine Angst davor, als Kommunistenknechte diffamiert zu werden. Das ist Gustav Heinemann nicht anders gegangen.



Wir haben keine Angst vor dem Verfassungsschutz, dessen Vertreter ich herzlich unter uns begrüße.

Angst habe ich nur vor einem: Daß die Friedensbewegung sich selbst diskriminiert. Wer Frieden will, muß dies in einem täglichen Handeln sichtbar machen. Er darf zum Beispiel Beschimpfungen - und jedem von uns geschieht dies täglich - nicht mit Beschimpfungen vergelten. Wer schon in Haßgesänge ausbricht, wenn er einem Bundeswehroffizier begegnet, dient nicht dem Frieden. Jeder Stein, der heute geworfen wird, wäre ein Stein gegen die Friedensbewegung. Jede Bombe, die einen Amerikaner treffen soll, trifft uns alle.

Friedensbewegung wird nur mehrheitsfähig, wenn sie nicht ausgrenzt, sondern sich öffnet. Zu ihr gehört jeder, der zu ihr gehören will.

Friedensbewegung wird nur mehrheitsfähig, wenn sie zusammenwirkt mit der organisierten Arbeiterbewegung, die seit mehr als einem Jahrhundert für den Frieden wirkt.

Und schließlich werden wir nur mehrheitsfähig, wenn Friedensbewegung ansteckend wirkt.

Daher muß dies eine Bewegung sein

- der Mutigen, nicht der Ängstlichen,
- der Diskutierenden, nicht der Schreienden,
- der Selbstkritischen, nicht der Arroganten,
- der einfallsreich Agierenden, nicht der stumpf Parierenden,
- der Friedlichen, nicht der Gewalttätigen,
- der Fröhlichen, nicht der Fanatischen,
- der Liebenden, nicht der Hassenden.

Wenn wir dies sind, dann wird eines Tages in den Geschichtsbüchern stehen:

Die Deutschen haben aus zwei Weltkriegen etwas gelernt.

(-/12.10.1981/vo-he/ca)

+ + +
Verantwortlich: Willi Carl

